

# Niederschrift über die 11. Sitzung des Ausschusses für Familie, Senioren und Soziales am 24.11.2022, 18:00 Uhr, Großer Sitzungssaal, Rathaus, Markt 8, 48653 Coesfeld

## Anwesenheitsverzeichnis

		Bemerkung
<b>Vorsitz</b>		
Frau Bettina Suhren	SPD	
<b>stimmberechtigte Mitglieder</b>		
Herr Jan Büscher	CDU	
Herr Michael Clemens Heinrich Fabry	FDP	Vertretung für Frau Wiebke Arning
Frau Ulrike Fascher	CDU	
Herr Bernhard Kestermann	CDU	
Herr Benedikt Öhmann	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Michael Pelster	Pro Coesfeld	
Frau Carolin Rulle	CDU	
Herr Wilfried Schmitz	FAMILIE	
Herr Peter Sokol	Aktiv für Coesfeld	Vertretung für Herrn Erwin Borgelt
Frau Patricia Vogel	Pro Coesfeld	Vertretung für Frau Martina Vennes
Frau Inge Walfort	SPD	
Herr Lutz Wedhorn	CDU	
Herr Christoph Wolfers	Bündnis 90/Die Grünen	Vertretung für Herrn Ludger Kämmerling
<b>Verwaltung</b>		
Herr Christoph Thies	Beigeordneter	
Herr Michael Vogt	Leiter Fachbereich 50, Soziales und Wohnen	
Lisa Staudinger	Stellv. Schriftführerin	
<b>Gäste</b>		
Frau Stein und Frau Horn Schuldner- und Insolvenzberatung Diakonie West e.V. Frau Ilona Horn		
Herr Felix Schürhoff Initiative „Mittagstisch am Lambertiplatz“		

Schriftführung: Lisa Staudinger

Frau Bettina Suhren eröffnet um 18:00 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit der Versammlung fest.

Die Sitzung endet um 19:17 Uhr.

## **Tagesordnung**

### **Öffentliche Sitzung**

- 1 Bericht der Verwaltung und Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden
- 2 Bericht der Initiative "Mittagstisch am Lambertiplatz"  
Vorlage: 333/2022
- 3 Bericht der Schuldner- und Insolvenzberatung des Diakonie West e.V.  
Vorlage: 334/2022
- 4 Bericht über die Ausführung des Budgets 50 – Teilbudget Soziales  
Vorlage: 335/2022
- 5 Haushalt 2023: Budget 50  
Vorlage: 336/2022
- 6 Anfragen

### **Nicht öffentliche Sitzung**

- 1 Bericht der Verwaltung und Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden
- 2 Anfragen

## Erledigung der Tagesordnung

### Öffentliche Sitzung

TOP 1	Bericht der Verwaltung und Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden
-------	---

Frau Suhren begrüßt die Anwesenden.

Sie teilt mit, dass in der nächsten Woche das Weihnachtsgeschenk (namentlich bestickte Handtücher) an die Bewohnerinnen und Bewohner der Wohnstätte Maria Droste übergeben wird. Die Ratsmitglieder spenden jährlich Ihr Sitzungsgeld der letzten Ratssitzung im Jahr zur Unterstützung der Wohnstätte.

Herr Vogt berichtet über die Geschenkübergabe an die 47 ältesten Bürgerinnen und Bürger der Stadt Coesfeld. Traditionell werden die 47 (gleich Anzahl Mitglieder des Rates) ältesten Bürgerinnen und Bürger von den Mitgliedern des Rates besucht und es wird ein Geschenk übergeben. Insgesamt seien in diesem Jahr 34 Personen im Altersheim. Aufgrund der Coronalage werden die Geschenke – wie in den beiden Vorjahren – von der Verwaltung an der Pforte abgegeben werden. Bei den weiteren 13 Personen ist bereits abgeklärt, dass ein Besuch von einem Ratsmitglied dankend angenommen wird. Die Ratsmitglieder werden entsprechend informiert.

Des Weiteren teilt Herr Vogt mit, dass am 29.01.2023 der Senioren-Büttnachmittag stattfindet. Die Mitglieder des Ausschusses werden traditionsgemäß gebeten, an dem Tag den Kaffee ausschenken. Eine Liste zum Eintragen ist in der Sitzung rund gegangen. Bei weiteren Anmerkungen bzw. Zusagen zu Helfertätigkeiten soll sich an Frau Leifkes gewandt werden.

Weiter stellt Herr Vogt die aktuellen Entwicklungen im Bereich des Jobcenters mit Hilfe einer PPP vor (als Anlage beigefügt).

Im Juli 2022 ist ein starker Anstieg der Fallzahlen zu verzeichnen, da zu diesem Zeitpunkt sehr viele Ukrainer:innen den Rechtskreiswechsel vom AsylbLG zum SGB II vollziehen konnten und insofern nun Leistungen vom Jobcenter beziehen.

Die Turnhalle wird zurzeit von 70 geflüchteten Personen bewohnt. Es werden Gespräche für weitere Unterkünfte und auch für das Aufstellen von Wohncontainern geführt.

Herr Thies berichtet über die Änderungen im Wohngeldgesetz ab dem 01.01.2023. Es wird die umfangreichste Wohngeldreform sein, in der Klima- als auch Heizkostenkomponenten berücksichtigt werden. Es wird davon ausgegangen, dass sich die Zahl der anspruchsberechtigten Personen bundesweit auf ungefähr 2.000.000 Haushalte erhöht (vorher ca. 600.000 Haushalte). Frau Scharrenbach, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung des Landes Nordrhein-Westfalen hat den Städten und Gemeinden mitgeteilt, dass im Ministerium bereits Gespräche geführt wurden, wie die Änderung EDV-technisch angepasst wird. Es soll kurzfristig möglich sein, im Internet eine Proberechnung für das neue Wohngeld durchzuführen und mit der Proberechnung direkt den Antrag online stellen zu können. Die Kommunen können jedoch das neue Wohngeld erst zum 01.04.2023 rückwirkend bewilligen, da das EDV-Programm nicht früher zur Verfügung stehen wird. Zudem wird es aufgrund der hohen Anzahl von Anträgen zu einem erhöhten Personalbedarf kommen, sodass die Stadt Coesfeld die Wohngeldstelle mit vier Vollzeitstellen aufstocken will. Die vorausschaubare verspätete Bearbeitung der Wohngeldanträge wird zu Unmut in der Bürgerschaft, aber auch zu Unmut der Mitarbeitenden der Wohngeldstelle führen. Beim Wohngeld handelt es sich um eine Auftragsangelegenheit des Bundes, die von den Kommunen wahrgenommen wird, bei der jedoch das Konnexitätsprinzip nicht angewandt wird, sodass die Kommune die Personalkosten vollständig selbst tragen muss.

Des Weiteren berichtet Herr Thies, dass Herr Kolm zum 01.11.2022 als Verwaltungsleiter zur Volkshochschule gewechselt sei. Seit dem 01.11.2022 hat Herr Darcin die Teamleitung Asyl/Unterkünfte/Wohnen übernommen. Eine Vorstellung wird noch erfolgen.

Frau Suhren dankt im Namen des Ausschusses Herrn Kolm für seine langjährige Arbeit.

TOP 2	Bericht der Initiative "Mittagstisch am Lambertiplatz" Vorlage: 333/2022
-------	---

Frau Suhren begrüßt Herrn Schürhoff, den Geschäftsführer der Initiative Mittagstisch am Lambertiplatz“.

Herr Schürhoff berichtet über die Anfänge des Mittagstisches. Am 06.12.1999 wurde das erste Essen für ausgegeben. Zunächst wurde zweimal wöchentlich das Mittagessen ausgegeben, danach jeden Tag. In der Vergangenheit wurde den Gästen Tiefkühlkost aufgewärmt, seit 2014 wird das Essen vom Krankenhaus geliefert. Am 01.07.2014 ist der Mittagstisch zum Lambertiplatz 1 umgezogen. Zunächst befand sich der Mittagstisch in der Trägerschaft des Caritasverbandes. Dieser zog sich jedoch aus der Initiative heraus, da der Caritasverband überörtlicher organisiert ist. Heute stellt die Katholische Kirchengemeinde St. Lamberti ihre Räumlichkeiten kostenfrei zur Verfügung. Gäste zahlen 1,50 € für eine Mahlzeit zzgl. einem Betrag für Kaffee oder Tee. Die jährlichen Kosten belaufen sich auf ca. 21.000 €. Etwa 6.000 € erhält die Initiative von den Gästen und weitere 5.000 € durch öffentliche Gelder. Der Fehlbetrag von jährlich etwa 10.000 € wird durch Spenden ausgeglichen.

Den Mittagstisch nutzen täglich etwa 15 bis 18 Gäste. Es arbeiten zwei Mitarbeiter vor Ort zur Essensausgabe, zum Kassieren und für die Servicetätigkeit. Insgesamt arbeiten die ehrenamtlichen Mitarbeitenden tgl. pro Person 3- 3 1/2 Stunden. Die Essensausgabe findet zwischen 12:30 Uhr und 13:15 Uhr statt. Am letzten Dienstag des Monats wird ein gemeinsames Frühstück mit den Mitarbeitenden veranstaltet. Bei dieser Gelegenheit wird über die Dienstpläne, Wünsche und Probleme gesprochen.

Aufgrund der Corona Pandemie musste auch der Mittagstisch schließen. Es wurden in der Zeit Lebensmittelgutscheine im Wert von 50 € pro Monat an die regelmäßigen Gäste ausgeteilt. Seit dem 02.08.2021 ist der Mittagstisch wieder fast täglich (außer samstags) geöffnet.

Frau Suhren bedankt sich bei Herrn Schürhoff für die Ausführungen.

Auch Herr Wedhorn bedankt sich für die Ausführungen. Auf die Frage von Herrn Wedhorn, welche Voraussetzung für die Gäste bestünden, teilt er Schürhoff mit, dass jeder dort willkommen ist und keine Nachweise vorzulegen seien.

Herr Schmitz fragt an, wie die Altersstruktur der Personen sei und ob die Personen aus der näheren Umgebung kommen würden. Herr Schürhoff teilt daraufhin mit, dass es einen Gast aus Gescher gibt, ansonsten vorrangig Coesfelder das Angebot wahrnehmen. Der Altersdurchschnitt gehe von einem Alter von 30 Jahren bis zum Rentenalter. Vor Corona seien auch Mütter mit ihren Kindern vor Ort gewesen und viele Stammgäste. Zurzeit wechsele der Kundenstamm.

Herr Sokol bedankt sich für den Vortrag und fragt an, wie die ehrenamtliche Tätigkeit beworben werde. Ob bereits durch beispielsweise Zeitungsartikel auf sich aufmerksam gemacht wurde. Herr Schürhoff teilt mit, dass es keine Marketingstrategie gäbe, zu besonderen Anlässen wie beispielsweise einer Spendenübergabe, stehe der Mittagstisch mal in der Zeitung.

Herr Öhmann bedankt sich für den Vortrag und fragt nach, wie Personen von dem Angebot erfahren. Zudem fragt er an, ob in letzter Zeit auch viele ukrainische Mitbürger das Angebot wahrnehmen würden. Herr Schürhoff teilt daraufhin mit, dass er bislang noch nicht mitbekommen hat, dass ukrainische oder andere geflüchtete Personen das Angebot wahrnehmen. Des Weiteren wird das Angebot durch Mundpropaganda und Flyer beworben.

Frau Fascher ist aktiv bei dem „Sozialpunkt offene Tür“ in Coesfeld und teilt mit, dass in dem Sozialpunkt der Mittagstisch beworben wird.

Frau Walfort fragt an, ob das Angebot auch obdachlose Personen nutzen. Herr Schürhoff teilt mit, dass ihm dies bislang nicht bekannt sei. Bislang haben alle Personen eine feste Adresse gehabt. *(Anmerkung der Verwaltung: Auch obdachlose Personen, die von der Stadt Coesfeld mit einer Unterkunft versorgt wurden, haben eine „feste Adresse“. Es ist insofern für Außenstehende nicht erkennbar, ob eine Person obdachlos ist.“*

Herr Schürhoff teilt Flyer der Organisation aus und verlässt um 18:31 Uhr die Sitzung.

TOP 3	Bericht der Schuldner- und Insolvenzberatung des Diakonie West e.V. Vorlage: 334/2022
-------	--

Frau Suhren begrüßt Frau Stein und Frau Horn zur Sitzung. Frau Stein arbeitet seit 31 Jahren bei der Diakonie West e.V. Seit 20 Jahren besetzt sie täglich die Beratungsstelle in der Rosenstraße 18. Die Schuldner- und Beratungsstelle ist für die Städte Coesfeld, Dülmen, Lüdinghausen und Steinfurt zuständig. Die Beratung ist für jeden frei zugänglich.

In der Beratung sind alle Altersklassen vertreten. Jüngere Personen sind seltener, ab dem Zeitpunkt der Familienplanung häufen sich die Anfragen. Zurzeit sind jedoch auch viele ältere Personen und auch Rentner in der Beratung.

2021 wurden in Coesfeld 223 Personen beraten, davon 89 Erstberatungen, es gab 124 Insolvenzanfragen bzw. -begleitungen, 35 Insolvenzanträge, 3 Regelinsolvenzen, 115 Pfändungsschutzkontobescheinigungen.

Die Beratung ist für jeden frei zugänglich und kostenlos. Aufgrund der Corona-Beschränkungen hat die Beratungsstelle noch nicht wieder geöffnet. In der Vergangenheit war die Beratungsstelle jeden dritten Donnerstag im Monat geöffnet. Zurzeit können die Bürgerinnen und Bürger donnerstags von 10 bis 12 Uhr die Beratungsstelle telefonisch erreichen. In der letzten Zeit gebe es aufgrund der hohen Energiekosten vermehrt Anfragen, sodass mit einer Warteliste gearbeitet werden muss. Ein erster Termin wird zeitnah vereinbart, bei einem Insolvenzverfahren dauert es zurzeit ungefähr drei Wochen bis weitere Schritte eingeleitet werden können. Ein Insolvenzverfahren dauere bis zu drei Jahre. Bereits in der Vorbereitungszeit vor dem Verfahren werde die Ausgangssituation aufgearbeitet.

Des Weiteren teilt Frau Stein mit, dass sie in drei Wochen in Rente gehe. In diesem Zuge stellt Frau Stein ihre Nachfolgerin Frau Horn vor.

Herr Fabry bedankt sich für die Ausführungen und fragt an, wie stark es Frau Stein auffalle, dass die Zahlen der insolventen Personen zunehmen. Frau Stein erläutert, dass die Zahlen vom letzten Jahr bereits überschritten wurden. Zudem ergäben sich in den letzten Jahren mehrere Fragen bzw. Probleme. Der Gesetzgeber habe es versäumt, die Energie- und Coronapauschale pfändungsfrei zu stellen, sodass in einem Insolvenzverfahren vielen Schuldnern die Zahlung entzogen wurde. Der Gesetzgeber habe nachgebessert, es sei jedoch weiterhin schwierig Sonderzahlungen aus dem Insolvenzverfahren zu halten.

Auch Herr Öhmann bedankt sich bei Frau Stein für den Vortrag und fragt an, wie die Bezirkszuschnitte sind. Frau Stein teilt mit, dass es Standorte in Coesfeld, Dülmen und Lüdinghausen gebe. Die politischen Kreise decken sich jedoch nicht mit den Kirchenkreisen. Im Kreis Coesfeld ist die Diakonie West e.V. die einzige Schuldnerberatung.

Herr Schmitz fragt an, ob Kontakte zu Schuldnerberatungen in anderen Nachbarkreisen, oder dem Ruhrgebiet bestehen. Coesfeld habe eine Schuldnerquote von 3,4 %, die im Ruhrgebiet falle deutlich höher aus. Frau Stein teilt mit, dass es auch im Kreis Coesfeld mit einer Quote von 3,4 % schlimm sei. Es besteht ein Austausch zu den anderen Standorten Dülmen und

Lüdinghausen. Zahlen könne sie nicht vorlegen, jedoch sage eine Zahl nie etwas über die Schwere und Höhe der Verschuldung oder Arbeit aus.

Herr Kestermann fragt, ob die Diakonie West e.V. die Schuldnerberatung für den Staat übernimmt und ob die Gläubiger in der Privatinsolvenz auf ihren Forderungen sitzen bleiben. Frau Stein gibt an, dass ein Insolvenzberater vom Amtsgericht eingesetzt wird. Dieser zieht Einkommen über dem pfändbaren Anteil des Einkommens ein. Das Geld wird zunächst für die Verfahrenskosten verwendet und geht danach in die Insolvenzausschüttung. Sie macht zudem noch einmal deutlich, dass Personen in das Insolvenzverfahren gehen, wenn sie Zahlungsunfähig sind. Wenn die Personen im Verfahren mitwirken, werden ihnen die Restschulden nach Ende des Verfahrens erlassen. Die offenen Forderungen der Gläubiger werden nicht beglichen. Das Verfahren habe jedoch hohe Anforderungen, so muss beispielsweise ein Spielsüchtiger zuvor erfolgreich eine Therapie absolviert haben. Ein Erlass sei nicht möglich bei Bußgeldern, Strafen oder Rückforderungen zu Unrecht erhaltener öffentlicher Gelder.

Frau Stein ergänzt zu dem Vortrag, dass die Insolvenz- und Schuldenberatung bald umziehen wird. Sie zieht in das Gebäude über Action nach einer Renovierung.

Herr Thies ergänzt zu der Frage von Herrn Kestermann, dass die Zuständigkeit des SGB I, II und XII eine kommunale Aufgabe darstelle und die Organisation daher vom Kreis Coesfeld unterstützt wird.

Frau Suhren fragt, wie viele Mitarbeiter die Organisation beschäftige. Frau Stein teilt mit, dass sie in Coesfeld alleine in Vollzeit arbeite, in Dülmen seien drei Teilzeitkräfte beschäftigt und eine Verwaltungskraft und in Lüdinghausen eine Teilzeitkraft. Sie betreuen insgesamt etwa 1.000 Personen im Jahr.

Frau Suhren bedankt sich für den Vortrag.

TOP 4	Bericht über die Ausführung des Budgets 50 – Teilbudget Soziales Vorlage: 335/2022
-------	---

Es gibt keine Anmerkungen oder Fragen zu dem TOP.

TOP 5	Haushalt 2023: Budget 50 Vorlage: 336/2022
-------	---

Herr Vogt stellt das Budget 50 mit Hilfe einer PPP vor.

Herr Vogt teilt mit, dass drei Änderungen gegenüber dem eingebrachten Haushaltsplan erforderlich sind. Zum einen wurden die Kennzahlen der Produkte 50.1 und 50.05 nachgetragen. Zudem ist eine inhaltliche Änderung im Bereich Wohngeld erforderlich. Da weitere Stellen eingerichtet werden sollen, werden die Lizenzkosten für die Software um 2.000 € steigen. Die Personalkostensteigerung ist in dem Budgetplan 50 noch nicht enthalten und liegt in der Zuständigkeit des HFA.

Herr Kestermann fragt an, ob die Veränderungen im SGB II ab Januar 01/2023 berücksichtigt wurden. Herr Vogt teilt mit, dass eine 34%-ige Erhöhung für die Kosten der Unterkunft geplant sei. Die neuen Personalkosten seien in der Berechnung noch nicht enthalten. Herr Thies teilt mit, dass man noch in Gesprächen mit dem Kreis Coesfeld bzgl. des Personalschlüssels sei. Es ist noch nicht sicher, wie die Wechselwirkung der Änderungen zum SGB II und Wohngeld sei. Für die intensivere Beratungstätigkeit wird wahrscheinlich mehr Personal benötigt.

Herr Wedhorn geht auf die Personalkosten des Gesamtbudgets ein. Für 2023 sind 2,3 Mio. € geplant. Das vorl. Ergebnis aus 2021 stellt Aufwendungen in Höhe von 3,7 Mio. € fest. Aufgrund der gesetzlichen Änderungen müsste der Personalbedarf eher steigen. Die Zahlen sinken in der Planung jedoch. Herr Thies antwortet, dass die Steigung der Personalkosten aufgrund der gesetzlichen Änderungen höher ausfallen wird, als in der Planung 2023 bisher eingetragen. Die Änderung erfolgt dann noch bis zur Verabschiedung im Rat.

*Anmerkung der Verwaltung:*

*Die Differenz zwischen vorl. Ergebnis 2021 und Planung 2023 liegt jedoch vornehmlich darin begründet, dass in 2021 die Fachbereiche 50 (Soziales und Wohnen) und 30 (Ordnung und Recht) noch in einem Budget geführt wurden. Ab 2022 erfolgte die Trennung.*

**Beschlussvorschlag:**

Dem Budget 50 nebst den vorgestellten Änderungen wird zugestimmt.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>	<b>Enthaltungen</b>
	6	0	8

TOP 6    Anfragen

Es werden keine Anfragen gestellt.

Bettina Suhren  
Ausschussvorsitzende

Lisa Staudinger  
Schriftführerin